wie sie sich noch 1903 gezeigt haben, sicher zu stellen. Sie bilden eine untrennbare Einheit. Wesentliche Aenderungen ihres Inhalts würde die Regierung nicht annehmen können. Namentlich ist für uns eine Adoptierung des Reichstagswahlrechts unannehmbar. (Beifall rechts.) Die Anhänger des Reichstagswahlrechts haben es allerdings furchtbar einfach. (Heiterkeit rechts.) Die Schablone ist vorhanden. Das Reichstagswahlrecht ist für die Kämpfer in einer großen Zeit geschaffen. Diese Zeit war von unbedingtem Vertrauen beherrscht. Man legte die Geschicke des Reiches in die Hände gleichberechtigter kampferprobter Männer. Und heute? Besteht nicht überall ein bitteres Gefühl der Unlust in unserem öffentlichen Leben? Die Geschichte wird unserer Zeit das Zeugnis ausstellen, daß wir dahin gewirkt haben, die ärmeren Schichten an den Wohltaten der Zivilisation teilnehmen zu lassen; aber sie wird uns auch den Tadel nicht ersparen, daß wir in eine Abhängigkeit geraten, die nicht zu ertragen ist. (Sehr richtig! rechts.) Es ist ein Unheil, daß wir alle Gesetze abhängig machen müssen von der Wirkung auf die Sozialdemokratie. (Sehr wahr! rechts.) Es ist ein Unheil, daß unsere Presse nicht mehr in ihrer Gesamtheit das Echo einer selbständigen, unabhängigen Parteipolitik ist, sondern umgekehrt eine Diktatur auszuüben beginnt, die nicht frei ist von Rücksichten auf die aura popularis. (Sehr wahr! rechts.) Wenn man die Stimmen auf dem öffentlichen Markt hört, sollte man glauben, daß wir einer allgemeinen Nivellierung entgegengingen. Die großen Geister in unserer Nation aber wollen nicht nivellieren; sie wollen höher hinaus (Sehr wahr! rechts), bei Gott, sie sind nicht demokratisch. (Sehr wahr! rechts.) Diese Kräfte gehen nicht mit einer Bewegung, die nichts will, als ihre Macht etablieren auf dem Fundament von Haß und Terrorismus. Es bestehen in unserem Volke noch Kräfte, die dieses Treiben satt haben. (Sehr wahr! rechts.) In Zukunft darf es kein Wahlrecht geben, das nicht auf dem offenen und ehrlichen Zusammenarbeiten dieser Elemente beruht. (Langandauernder Beifall rechts, Unruhe und Zischen links.) — Abg. Fischbeck (freis. Vp.) erklärt die Vorlagen für eine Konservierung des Unrechts. — Abg. Dr. Irmer (kons.) dankt dem Minister für die Entschiedenheit, mit der er die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts abgelehnt habe. (Beifall rechts.) Die Freisinnigen sprechen von Unrecht. Definieren Sie mir doch einmal, was Recht und was Unrecht ist. (Sehr gut! rechts.) Nennen Sie es Gerechtigkeit, wenn die Haupt- und Residenzstadt nur durch das Eintreten der konservativen Parteien für den freisinnigen Kandidaten vor der Schmach bewahrt wird, im Reichstage lediglich durch Sozialdemokraten vertreten zu sein? (Beifall rechts.) Die Frage darf nur vom Standpunkte des Staatswohls behandelt werden. (Beifall rechts.) — Abg. Dr. Krause (natl.) erklärt, seine Freunde fänden in den Vorlagen auch nicht den kleinsten Anfang einer wirklichen Wahlreform. (Beifall links.) Die Vorlagen seien ein Flickwerk schlimmsten Grades. Hätte man wenigstens noch die Zwölftelung eingeführt, so wäre dem plutokratischen Charakter unseres Wahlrechts doch etwas die Spitze abgebrochen. Einer Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen würden seine Freunde allerdings auch nie und nimmer zustimmen. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen, Beifall rechts.) Neben der Steuerleistung könnte man noch ein zweites Prinzip, das der Bildung, der Erfahrung und des Alters, einführen. — Abg. Freiherr v. Zedlitz (freikons.) kann den Ausführungen Dr. Krauses nur entnehmen, daß er unter einiger Verbrämung und einigen Redewendungen die Vorlage annehmen werde. (Heiterkeit.) Ich kann dem Minister von Anfang bis zu Ende zustimmen. Das preußische Wahlrecht steht turmhoch über dem Reichstagswahlrecht, weil es nicht kulturwidrig wirkt, wie jenes. (Beifall rechts.) — Abg. Brömel (freis. Vgg.): Eine Ueberraschung hat uns die Debatte gebracht durch die bedeutende Rede, mit der der Minister diese unbedeutenden Vorlagen eingeleitet hat. (Sehr wahr! links.) Von einer hohen Warte aus hat er einen Blick auf die großen Kräfte, aus denen die Kultur der Menschheit sich entwickelt, geworfen. Der Minister erkannte die soziale Fürsorge an. Ich behaupte, es waren zwei Grundsätze, die diese Fürsorge bewirkten: Koalitionsfreiheit und das allgemeine Wahlrecht. (Sehr wahr! links.) Redner erklärt schließlich, seine Freunde lehnten die Vorlagen ab. — Abg. Dr. Porsch (Zentr.) erklärt namens seiner Freunde, die Vorlagen enthielten einige Verbesserungen, deshalb könnten sie ihnen in der Hauptsache zustimmen. Eine Reform des Wahlrechts, wie sie immer unter schärfster Kritik des Dreiklassenwahlrechts vom Zentrum gefordert worden sei, brächten die Vorlagen nicht. Das Zentrum verlange diese Reform nach wie vor. — Abg. v. Dziembowski (Pole): Die Vorlagen hielten den Grundsatz hoch, den Minister Freiherr v. Hammerstein den Polen gegenüber aufgestellt habe: „Wir haben zu befehlen, Ihr habt zu gehorchen!" — Abg. Geyer (freis. Vp.) spricht gegen die Vorlagen und verlangt das Reichstagswahlrecht für die Einzelstaaten. Dann erste werde die Zusammensetzung des Reichstags wieder eine bessere werden. — Die Gesetzentwürfe werden einer 21er Kommission überwiesen. Morgen: Kleine Vorlagen.

Zur Lage in Frankreich.

Paris. Das mit der Organisation der Maßnahmen für die Unterstützung und Hilfeleistung für die Hinterbliebenen der Opfer des Grubenunglücks von Courrières beauftragte Komitee ist heute vormittag im Arbeitsministerium zusammengetreten. Bei dieser Gelegenheit hielt Minister Barthou eine Ansprache, in der er sein Bedauern über dieses schreckliche Unglück zum Ausdruck brachte und erklärte, daß bei der Untersuchung nach den Ursachen dieses Unglücks mit strenger Unparteilichkeit verfahren würde. Der Minister erwähnte ferner die Bewegung der einmütigen Hilfe als ein ehrendes Zeichen der Zeit und fügte hinzu, daß die Unterschriften so bedeutender Männer ihm eine Bürgschaft für die Kontrolle seien. Barthou sprach dann dem früheren Präsidenten Loubet seinen Dank dafür aus, daß er den Vorsitz in dem Komitee übernommen habe und schloß seine Ausführungen mit der Bemerkung, daß man auch die belgischen Familien, von denen Mitglieder neben ihren französischen Arbeitsgefährten auf dem Grunde der Grube ruhen, nicht vergessen werde und daß die Pflicht der Menschlichkeit nicht vor Grenzen Halt mache.

Lens. Trotz aller Bemühungen machen die deutschen und die französischen Mannschaften keine Fortschritte in ihrem Kampfe gegen die Feuersbrunst, und die Schwierigkeiten sind noch immer so groß wie zuvor. Sobald das Feuer auf einer Strecke von einigen Metern gelöscht ist, bricht es immer wieder von neuem aus, noch bevor man an die Erneuerung der Holzverschalung der Schächte gehen kann, und der Kampf muß wieder aufgenommen werden. Meist tritt der Wiederausbruch des Feuers ein, während man die Mauern der Gänge abkühlen läßt, um die Verschalung vorzunehmen. Dabei ist aber das Verschalen unumgänglich notwendig; denn das durch das Feuer in morschen Koks umgewandelte Gewölbe würde zusammenstürzen, wenn nicht große Vorsichtsmaßnahmen getroffen würden. Auch heute Nacht gelang es den Feuerwehrleuten nicht, einen Fortschritt zu erzielen. Man geht jetzt daran, das Feuer von zwei Seiten anzugreifen und zu umgehen. Heute morgen wurden zwei Leichen zu Tage gefördert, die man bei den Aufräumungsarbeiten unter dem Gestein gefunden hatte. Die Ingenieur-Kommission spricht in ihrer heutigen Bekanntmachung aus, daß der Kampf gegen das Feuer, das schwächer zu werden scheine, energisch fortgesetzt werde.

Lens. Die anläßlich der Kundgebung vor dem Stadthause am Dienstag vormittag Verhafteten erschienen heute morgen vor dem Zuchtpolizeigericht. Der Untersuchungsrichter stellte fest, daß seit der Verhaftung der Rädelsführer in Lens wieder Ruhe herrscht. Das Urteil lautete gegen Broutchoux auf 2 Monate, auf drei andere Angeklagte auf 8 bezw. 10 und 20 Tage Gefängnis.

Lens. In einem Schreiben an den Deputierten Basly, den Präsidenten des Alten Syndikats, führte der Direktor der Gruben in Lens im Namen sämtlicher Grubenbesitzer aus, er habe alle möglichen Zugeständnisse gemacht. Eine neue Zusammenkunft mit den Arbeiter-Abgeordneten würde unnütz sein und würde im übrigen Hoffnungen erwecken, die zu erfüllen unmöglich wären. Der Brief schließt, indem er die Hoffnung ausspricht, daß die Arbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit nicht aufschieben werden, da der Ausstand nur dem Auslande zu gute käme und den Gesellschaften Verluste brächte, die ihnen nicht gestatten würden, die bedingungsweise zugestandenen Vorteile aufrecht zu erhalten. Das Schreiben wird am Sonntag dem Arbeiterkongreß mitgeteilt werden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Bundesrat überwies die Novelle zum Vogelschutzgesetz und die Vorlagen betreffend Ausprägung von Einpfennigstücken an die zuständigen Ausschüsse. — Senatspräsident beim Reichsgericht Dr. Friesleben zu Leipzig wurde zum Wirkl. Geh. Rat mit dem Prädikat Exzellenz ernannt. — Bei einem Brande in vergangener Nacht ist ein hiesiger Tischlermeister in seiner Werkstatt erstickt. Er hatte im Schlafe eine Lampe umgestoßen. Der Fußboden brannte durch und die Leiche fiel durch das Loch in den Keller hinab, wo sie halb verkohlt gefunden wurde. — Die Volontäre im Statistischen Amte von Wilmersdorf Ludwig Höflich und Karl Ramm probierten heute einen Repolver. Hierbei entlud sich die Waffe, die Höflich in der Hand hatte und die Kugel durchbohrte die Lunge seines Kollegen Ramm. In der Aufregung eilte Höflich nach der Tat die Treppe hinunter und schoß sich eine Kugel durch den Kopf. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Sohn des noch in Haft gehaltenen King Akwa hat sich an den Erbprinzen Hohenlohe mit der Bitte um eine Unterredung gewandt, um so Gelegenheit zu finden, dem stellvertretenden Kolonialdirektor eine Schilderung der Verhältnisse in Kamerun zu geben. Der Erbprinz hat das Gesuch bewilligt, und der junge Akwa wird in diesen Tagen im Auswärtigen Amte empfangen werden.

Berlin. (Priv.-Tel.) In Charlottenburg, wo er seit mehreren Jahren lebte, ist der Dichter des einst viel genannten „Neuen Tannhäuser", Eduard Griesebach, im 61. Lebensjahre gestorben.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Kaufmann Eugen Burkhardt aus Riga, der von dort nach Unterschlagung von 200 000 Rubeln geflüchtet war, wurde heute vormittag in einem Braunschweiger Hotel erkannt. Als der Wirt die Polizei benachrichtigte, schoß sich Burkhardt eine Kugel in den Kopf. Er wurde noch lebend ins Krankenhaus gebracht.

Wilhelmshaven. (Priv.-Tel.) Die Meldung, die oldenburgische Regierung habe dem Landtage einen Gesetzentwurf über die Einführung des direkten Wahlrechts vorgelegt, ist irrtümlich. Der Landtag wird am 10. April geschlossen.

Trier. (Priv.-Tel.) Die Aprikosen- und Pfirsichblüte ist in vergangener Nacht, in der 6 Grad Kälte herrschten, vollständig erfroren.

München. Das „Verordnungsblatt des Kriegsministeriums" gibt bekannt: Zum Feldzeugmeister der neu errichteten Feldzeugmeisterei wurden ernannt: der Gouverneur der Festung Ingolstadt, Generalleutnant Streck. Zum Gouverneur der Festung Ingolstadt wurde Generalmajor Bresch, Kommandeur der 5. Infanterie-Brigade, ernannt.

Beuthen. (Priv.-Tel.) Wie die „Oberschl. Grenzztg." meldet, steht wieder ein großer polnischer Geheimbund-Prozeß bevor. Träger der Propaganda sind diesmal hauptsächlich Sokolisten, deren Hauptherde in Rosdzin, Schoppinitz und Burowietz liegen. In den letzten Tagen wurden dort bei 14 Mitgliedern von Sokolvereinen Haussuchungen abgehalten, die außerordentlich belastendes Material zu Tage förderten.

Wien. Abgeordnetenhaus. Beim Abschluß der ersten Lesung der Wahlreformvorlage bekämpft der Generalredner kontra Graf Stürghk die Vorlage, die die dauernde Unterjochung der Deutschen unter die slawisch-radikale Majorität bedeute und betont, daß die von der Regierung hervorgehobenen Grundsätze der Gerechtigkeit und Billigkeit in der Vorlage nicht zu finden seien. Redner schließt mit der an den Minister des Aeußern gerichteten Frage, wie er sich die Konstellation der äußeren Politik nach der Einführung des allgemeinen Stimmrechts vorstelle. (Die Ausführungen des Redners werden wiederholt von stürmischen Protestrufen unterbrochen.) Das Haus beschließt mit überwiegender Majorität, die beiden Wahlreformvorlagen, sowie das Gesetz betreffend den Schutz der Wahlfreiheit an einen Wahlreformausschuß von 49 Mitgliedern, das Gesetz betreffend die Immunität an den Verfassungsausschuß, sowie das Gesetz über die Reform der Geschäftsordnung an den Geschäftsordnungsausschuß zu verweisen. Das Haus verhandelt hierauf das Scheckgesetz.

Wien. Entgegen auswärts verbreiteten Gerüchten wird von maßgebender Stelle erklärt, daß Kaiser Franz Joseph sich des besten Wohlseins erfreue. — Die Fürstin Elisabeth Windischgrätz hat heute das Sanatorium, in dem sie sich einer Blinddarm-Operation unterziehen mußte, verlassen und ist nach dem Schlosse Schönbrunn übergesiedelt.

Wien. (Priv.-Tel.) In der Nähe von Hall in Oberösterreich erlitt das Automobil des Gutsbesitzers Grafen Salburg auf der Fahrt eine Beschädigung. Bei dem Versuche, den Schaden zu beheben, entzündete sich das Benzin; es erfolgte eine Explosion, wobei der Wiener Maschinenfabrikant Ignatz Braunshirn so schwere Brandwunden erlitt, daß er wenige Stunden nachher starb. Graf Salburg und sein Freund, Baron Ludwigstorf, trugen leichtere Brandwunden davon.

Wien. In dem galizischen Dorfe Glagoczow geriet ein im Felde einsam stehendes Haus während der Nacht in Brand. Sämtliche im Hause schlafenden acht Personen kamen in den Flammen um.

Konstantinopel. Die Pforte hat mit der Ottoman-Bank einen neuen Vorschuß von 200 000 Pfund gegen Verpfändung der Ueberschüsse aus den Einnahmen der Dette publique abgeschlossen. 70 000 Pfund hiervon wurden sofort an Makedonien überwiesen.

Indianapolis. Die aus Besitzern von bituminöse Kohle liefernden Bergwerken und Bergarbeitern bestehende Kommission, die hier tagt, um eine Lohnskala zu vereinbaren und dadurch den drohenden Ausstand abzuwenden, konnte gestern, da in allen erörterten Punkten unvereinbare Gegensätze hervortraten, nicht zu einer Einigung kommen. Heute soll die Beratung fortgesetzt werden.

Habanna. Die Ratifikationsurkunden des Postvertrages zwischen dem Deutschen Reiche und Habanna sind heute hier ausgetauscht worden.

Hongkong. Eine Piratenbande bemächtigte sich gestern bei Kanton einer Barkasse der Standard Oil Company und plünderte sie völlig aus. Es fielen ihr vier Winchester-Büchsen und eine größere Menge Munition in die Hände. Das amerikanische Kanonenboot „Callao" ging nach der Gegend des Ueberfalls ab.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Frankfurt a. M. (Schluß.) Kredit 210 90. Diskonto 190,40. Dresdner Bank 148. Staatsbahn —.—. Lombarden 29,80. Laurahütte —.—. Ungar. Gold —.—. Portugiesen 69,50. Türkenlose —.—. Ruhig.

Paris. (3 Uhr nachmittag.) Rente 99,90. Italiener 106,90. Spanier 95,17½. Neue Portugiesen 70,72½. Türken (unific. Anleihe) 93,70. Türkenlose 145,25. Ottomanbank 721. Staatsbahn —.—. Lombarden 133.—. Unentschieden.

London, 23. März, vorm. 11 Uhr 40 Min. Meiner: —

2½% Kons.	90 1/16	Argentinische R.	83½	4% Russen	70½	Neue Spanier	49½
Chilenische Anl.	84½	Mexikaner	—	4% Russen 1894		Ver. Staat.	66½
4% Argent. Gold-Anleihe	102½	Japaner	104½	4% Japaner	90½	Gal. und Chic.	114
6% „ „	—	4½% do.	94½	Türken	93½	Chic. Milw.	179
4% „ „	89½	5% do.	100½	Ottomanbank	18½	Kanadapac.	176½
6% Chin. Anl.	—	Nuevos	66½	Chartered	1½	Rio Tinto	164½
4½% „ „	97½	5% kons. Mexik.	106½	Rehrers	18 11/16	Nach. Kons. Ak.	90½

Tendenz: Stetig.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per März 24,00, per Mai-August 23,70, ruhig. Mehl per März 41,—, per September-Dezember 37,—, stetig. Rüböl per März 56,75, per September-Dezember 56, , fest.

Amsterdam. Produkten-Bericht. Weizen per März —.—, per Mai —.—. Roggen per März —.—, per Mai —.—. Geschäftslos.

London. (Getreidemarkt.) Russischer Weizen fest bei ziemlich guten Geschäft, englischer Weizen fest. Amerikanischer Mais fest, 1 Sh. höher. Donauer Mais nominell unverändert. Amerikanisches Mehl fest, englisches Mehl fest, Gerste fest. Hafer fest.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König hat dem Kronprinzen Ludwig Philipp von Portugal den Hausorden der Rautenkrone verliehen und ihm die Insignien durch den Gesandten Wirkl. Geh. Rat Frhrn. v. Reitzenstein überreichen lassen.

— Prinzessin Eduard von Anhalt hat den Hoffriseur und Hoflieferanten Eduard Werner hier, Hotel du Nord, zu ihrem Hoffriseur ernannt.

— Baron von Lederer-Trattnern, Legationssekretär der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft, ist gestern von seiner Reise nach Aegypten zurückgekehrt und hat wieder im „Europäischen Hof" Wohnung genommen.

— Ein Geschenk des Kaisers ging dem Rate zu Dresden, wie auch dem zu Leipzig in Gestalt der neuesten Schiffstabellen der französischen Marine und der Marine der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu. Es sind das große Druckbogen mit übersichtlichen Darstellungen der Schiffstypen und den Namen der einzelnen Schiffe.

— Der wie berichtet in Coburg verstorbene Kirchenrat Schelle stammte aus der Schule zu Reichenau bei Zittau; 1835 geboren, wurde er mit 24 Jahren Seminarlehrer in Schwarzenberg, 1860 Oberlehrer in Zschopau, im folgenden Jahre Schuldirektor in Werdau, 1863 übernahm er dasselbe Amt in Großenhain. Das Jahr 1868 rief ihn in das geistliche Amt; er war einer der drei Feldprediger des sächsischen Heeres, und ebenso nahm er an dem französischen Feldzuge teil; zuletzt war er Militär-Oberpfarrer des 12. Armeekorps. Nicht nur Albrechts- und Verdienstorden, sondern auch das Eiserne Kreuz bezeugten seine Verdienste in diesen schweren Aemtern. Nach dem österreichischen Kriege wurde er 1867 Archidiakonus in Frankenberg; nach der Heimkehr aus Frankreich erhielt er das Amt als Oberpfarrer in seinem Heimatorte Reichenau; 1874 wurde er Pfarrer in Schwarzenberg, 1886 Superintendent in Oelsnitz. Dies Amt konnte er aber nur bis zum Herbst 1893 bekleiden; dann veranlaßte ihn seine angegriffene Gesundheit zum Rücktritt.

— Aus dem Bericht der Finanzdeputation A der Zweiten Kammer über Kap. 11, 12, 13, 15 und 77a des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1906/07, Berg-, Hütten- und Münz-Etat, sowie Allgemeine Ausgaben für den Bergbau betreffend, ist nach den Allgemeinen Vorbemerkungen folgendes hervorzuheben: Die Erfüllung des von der Deputation schon in verschiedenen Berichten gemachten Vorschlages, „die Direktion der Hütten und Bergwerke miteinander zu vereinigen", wodurch eine wesentliche Ersparnis herbeigeführt werden würde, gibt die Deputation der Königlichen Staatsregierung wiederholt zur eingehenden Erwägung. Wenngleich nach vorstehendem die Aussichten für die Freiberger Hütten sich freundlicher gestaltet zu haben scheinen, so hält die Deputation es doch für geraten, einen Verkauf derselben fest im Auge zu behalten, und bei annehmbaren Angeboten einen solchen herbeizuführen. Als wünschenswert muß es aber erscheinen, daß der Verkauf der Hütten allein tunlichst vermieden werde, daß vielmehr auch gleichzeitig die fiskalischen Bergwerke und das Hilbersdorfer Staatsgut mit veräußert werden möchten. In der kommissarischen Beratung vom 8. Februar dieses Jahres gaben die Herren Regierungskommissare entsprechende Zusage. Die Abrüstung der Freiberger Erzbergwerke wird von der Königlichen Staatsregierung nach dem von dem Landtage gebilligten Abrüstungsplane in der Weise weiter durchgeführt, daß die völlige Einstellung des Betriebes bis zu Ende des Jahres 1913 ermöglicht wird. Der Mannschaftsbestand war hiernach zu Beginn der Finanzperiode 1904/05 mit 1900 Mann angenommen worden und sollte derselbe bis 1910/11 in jeder Finanzperiode um 300 Mann, in der Finanzperiode 1912/13 um 100 Mann vermindert werden, sodaß zu Ende 1913 nur noch 600 Arbeiter vorhanden sein würden. Für die Finanzperiode 1906/07 ergäbe sich hiernach ein Bestand von 1600 zu Anfang, 1300 zu Ende, und somit 1450 Mann im Mittel der Periode. Dieser wird mit je zur Hälfte, also mit je 725 Mann auf die beiden Gruben „Himmelfahrt" und „Himmelsfürst" verteilt werden, damit beide Betriebe gleichmäßig aufrecht erhalten werden können. An diesem Prinzipe soll auch ferner festgehalten werden. In den Jahren 1903 und 1904 hat die Abnahme der Mannschaften, ohne daß es einer zwangsweisen Ablegung von Arbeitern bedurfte, in größerem Umfange stattgefunden, als man erwartet hatte, sodaß der Bestand zu Ende 1904 bereits bis auf 1657 Mann, gegenüber der Etatannahme von 1750 Mann, herabgegangen war. Es würde somit eine raschere Abrüstung wohl möglich werden, allein die Königliche Staatsregierung glaubt, an dem reiflich überlegten Abrüstungsplane, auf den sich nunmehr alle Beteiligten eingerichtet haben, festhalten zu sollen, da sie auch bei Aufrechterhaltung desselben im günstigsten Falle nur der immer unwillkommenen Notwendigkeit überhoben sein würde, eine größere Anzahl von Arbeitern gegen ihren Wunsch entlassen zu müssen. Das durchschnittliche Lebensalter der aktiven Belegschaft beläuft sich Anfang 1906 schon auf ungefähr 44 Jahre, und so dürfte kaum auf einen freiwilligen Abgang in dem Umfange mehr zu rechnen sein, wie solcher, infolge der Veröffentlichung des Abrüstungsplanes, in der Finanzperiode 1904/05 eingetreten ist; es wird vielmehr der Königlichen Staatsregierung kaum erspart bleiben, auch in den künftigen Finanzperioden Arbeiterentlassungen eintreten zu lassen. Sie gibt aber wiederholt die Zusicherung, daß hierbei auf die persönlichen Verhältnisse der Arbeiter und auf die betreffenden Gemeinden Rücksicht genommen werde, soweit dies bei Durchführung des Abrüstungsplanes betriebstechnisch möglich sei. — Die Deputation beantragte u. a., die Kammer wolle beschließen: die Petition der Vice-Hüttenmeister, Hütten-Chemiker und Betriebs-Chemiker der staatlichen Hüttenwerke vom 30. November 1905 durch die bereits eingeführten Gehaltsverbesserungen für erledigt zu erklären. — Aus den Ausführungen zu Kap. 15, Münze, sei folgendes erwähnt: Die Bevölkerungszahl des Deutschen Reiches ist nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 in starker Zunahme begriffen, und es macht sich daher auch die Beschaffung größerer Mengen von Reichsmünzen jetzt wieder nötig. Die Ausprägung derselben ist an die sächsische Münzstätte auf Muldner Hütte gemäß Reichsgesetz vom Reichskanzler unter Zustimmung des Bundesrates mit einem bestimmten Anteil von jedem Prägequantum zu übertragen. Dieser Anteil beträgt nach den betreffenden Bundesratsbeschlüssen, wonach die Verteilung sich heute noch nach der Leistungsfähigkeit der deutschen Münzstätten im Jahre 1875 richtet, zurzeit 7,45 Prozent. Der Gesamtbetrag der Reichssilbermünzen soll bis auf weiteres 15 Mk. und derjenige der Nickel- und Kupfermünzen 2 Mk. 50 Pfg. für den Kopf der Bevölkerung nicht übersteigen. Der Gesamtbetrag der Reichsgoldmünzen dagegen ist bei der bestehenden Reichsgoldwährung gesetzlich nicht festgelegt, da sich auch Privatpersonen auf ihre Rechnung 20-Markstücke auf den deutschen Münzstätten herstellen lassen dürfen und die Reichsbank von diesem Rechte mehrfach Gebrauch gemacht hat. Es steht auch heute noch nicht fest, welche Beträge an Reichsgoldmünzen der Königlich Sächsischen Münzstätte auf Muldner Hütte auf die Finanzperiode 1906/07 zur Ausprägung überwiesen werden. Der Prägungsgewinn für die Münze ist bei Reichsgoldmünzen ein sehr geringer, da die vom Reiche zu gewährenden Prägevergütungen für solche in der geltenden Taxe nur sehr knapp bemessen sind, und zumeist bei Hinzurechnung des unvermeidlichen Verlustes an diesem teuren Materiale ein Gewinn überhaupt sich nicht ergibt. Es darf angenommen werden, daß die Goldprägung in dem gleichen Maße, wie in den Finanzperioden 1903/08 und 1904/05, auch für die jetzige Etatperiode wieder zu erfolgen haben wird, zumal man allgemein über Mangel an 10-Markstücken klagt. Zurzeit liegt der Münze auf Muldner Hütte noch ein unerledigter Auftrag auf Prägung von 375 270 Mk. in Kronen vor, dem aber weitere Aufträge auf Reichsgoldmünzen wahrscheinlich bald folgen werden. Bezüglich der Prägung von Silber-, Nickel- und Kupfermünzen ist für die Finanzperiode 1906/07 und wohl auch noch für spätere Perioden auf eine wesentliche Vermehrung der Aufträge zu rechnen, da der oben angegebene Höchstbetrag pro Kopf der Bevölkerung noch lange nicht erreicht und die Bevölkerungszahl des Deutschen Reiches in starkem steten Wachstum begriffen ist. Hiernach darf erwartet werden, daß die Muldner Münzstätte nicht nur für 1906/07, sondern auch für spätere Finanzperioden reichlich mit Aufträgen versehen sein wird.

— Die erste Deputation der Ersten Kammer hat über den Entwurf eines Gesetzes, einige Abänderungen des die staatliche Schlachtviehversicherung regelnden Gesetzes vom 2. Juni 1898 und eine hierzu eingegangene Petition betreffend, ihren Bericht erstattet, in dem sie beantragt, den Regierungsentwurf mit einigen kleinen Aenderungen anzunehmen.

— Die vierte Deputation der Ersten Kammer beantragt, die Petition des Ausschusses der Zentrale für Jugendfürsorge zu Dresden und Genossen wegen Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Fürsorge-Erziehung Minderjähriger im Königreiche Sachsen der Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen.

— Die Beschwerde- und Petitions-Deputation der Zweiten Kammer beantragt, die Petition der Redaktion des Journals der Goldschmiedekunst in Leipzig und des Verbandes deutscher Gold- und Silberschmiede wegen Schädigung inländischer Juweliere, sowie Gold- und Silberschmiede durch ausländische Diamanten-Imitations-Geschäfte der Königl. Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.